

Bundestagswahl 2009

Wahlprogramme der Parteien auf dem Prüfstand des BVMW

Die derzeitigen Anstrengungen zur Bewältigung der Krise dürfen nicht dazu führen, dass die in vielen Bereichen latent vorhandenen Strukturprobleme aus dem Blickfeld geraten oder gar zugeschüttet werden. Diese Probleme werden sich nach der Krise noch stärker als Hemmschuh im nationalen und internationalen Wettbewerb erweisen, wenn nicht jetzt gehandelt wird.

Das heißt, jetzt sind die Weichen zu stellen, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland mit dem Aufschwung wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad kommt. Das betrifft Fragen der Sicherung der Finanzierung des Mittelstandes und die Lösung des Fachkräftemangels ebenso wie eine weitergehende Deregulierung der Arbeitsmärkte oder mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation.

Die Wahlkampf führenden Parteien müssen sich daran messen lassen, in wieweit ihre Konzepte in der Bewertung durch die Unternehmer die Voraussetzungen für mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität des Wirtschafts- und Sozialstandortes Deutschland schaffen, und welche Rahmenbedingungen für den Mittelstand entwickelt werden.

1. Steuerpolitik

BVMW-Position

Das deutsche Steuersystem ist kompliziert, unüberschaubar und ungerecht. Sonderbelastungen, wie der Solidaritätszuschlag, sowie die „kalte Progression“ belasten vor allem mittelständische Unternehmer und Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen. Steuervereinfachung und Steuerentlastungen sind daher dringend geboten.

Kernforderungen:

- Abschaffung des „Mittelstandsbauchs“ – linearer Tarifverlauf mit maximal drei Stufen

- keine Steuern auf einbehaltene Gewinne

- Senkung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte

- schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages bis 2013

- Streichung gewinnunabhängiger Elemente der Gewerbesteuer

CDU

- schrittweise Senkung des Eingangsteuersatzes von 14 auf 12 Prozent zur Abmilderung der „kalten Progression“

- Anhebung des Höchststeuersatzes von 52.552 € über 55.000 € auf 60.000 €

- Abflachung des „Mittelstandsbauchs“

- Weiterentwicklung der Unternehmensteuerreform

- Überprüfung der Mehrwertsteuer

- Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens

SPD

Gestaltung des Tarifverlaufs mit Entlastungen bis zu einem Einkommen von 55.882 €/ 105.764 €

Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10 Prozent

Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent als „Bildungssoli“

Einführung einer Börsenumsatzsteuer ab Börsenumsatz von 1.000 €

Lohnsteuerbonus (300/600 €) bei Verzicht auf Steuererklärung für Lohnsteuerpflichtige

Veränderung des Ehegattensplittings durch Kappung des Splittingvorteils bei hohen Einkommen

FDP

- Unternehmen

Anhebung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent für

Kapitalgesellschaften mit mehr als 20.000 € Gewinn; im Gegenzug wird die Gewerbesteuer durch ein neues „Konzept der

Kommunalfinanzierung“ ersetzt

bis dahin: gewinnunabhängige Elemente werden aus

Bemessungsgrundlage zur Gewerbesteuer gestrichen

keine Einschränkung bei der Nutzung des Verlustvortrags bei Übernahmen und Sanierungen

Sofortabschreibung für Wirtschaftsgüter bis 1.000 €, Wiedereinführung der degressiven AfA

Besteuerung einer GmbH wie Personengesellschaft; dadurch

Rechtsformneutralität, die Regelungen zur verdeckten

Gewinnausschüttung werden überflüssig

Erschaftsteuer: Entscheidungshoheit auf Bundesländer übertragen

- Privatpersonen

Grundfreibetrag von 8.004 €

drei Stufen-Modell: 10 Prozent bis 20.000 € Einkommen, 25 Prozent

zwischen 20.000 und 50.000 €, 35 Prozent für Einkommensanteile über 50.000 €

Wiedereinführung der Spekulationsfrist für private Veräußerungserlöse

- Staat

Haushaltskonsolidierung muss durchgesetzt werden;

Steuerstrukturreform und Konsolidierung der Staatsfinanzen sind

gleichwertige politische Ziele; neue Schulden sind nur in Notlagen zu verantworten

Bündnis 90/Die Grünen

Abschaffung des „Mittelstandsbauchs“ erst nach der Krise und nach vollzogener Haushaltssanierung

schrittweise Umwandlung des Soli-Zuschlags in einen Bildungs-Soli

Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur kommunalen

Wirtschaftssteuer als kommunale Finanzierungsbasis

Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer, die den

Finanzsektor an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt und

Spekulationen bremst.

Die Linke

- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 9.300 €
- Spitzensteuersatz auf 53 Prozent ab 65.000 €, bis dahin linearer Verlauf
- höhere Erbschaftsteuer (Regelfreibetrag 150.000 €)
- Vermögenssteuer als „Millionärssteuer“ (5 Prozent ab 1 Million €)
- Börsenumsatzsteuer einführen
- Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer

2. Finanzmärkte

BVMW-Position

Die Finanzierungsprobleme haben sich für den Mittelstand weiter verschärft. Für Klein- und Mittelbetriebe wird es zunehmend schwieriger, Fremdkapital zu beschaffen. Eine mittelstandsförderliche Gestaltung der Finanzwirtschaft mit mehr Transparenz und Stabilität ist für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum unverzichtbar. Rahmenbedingungen zur stärkeren Nutzung alternativer Finanzierungswege sind für den Mittelstand noch stärker zu entwickeln.

Kernforderungen:

- Senkung der Basel II-Sätze bei Krediten an kleine und mittlere Unternehmen
- wirksame Bankenaufsicht unter dem Dach der Bundesbank
- weitere Erhöhung der Haftungsfreistellung für Hausbanken, die Kredite der Förderbanken von Bund und Ländern an den Mittelstand ausreichen.
- Reform des Landesbankensystems: Rückführung der Geschäftsgrundlage auf Finanzierung des Mittelstands und Serviceeinrichtung für die Sparkassen
- Verbot der Bilanzierung von Finanzmarkt-Innovationen und Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz

CDU

- Änderung der Basel II-Regeln, um prozyklische Verschärfung zu verhindern
- Zusammenführung der Bankenaufsicht unter einem Dach
- bei Ratingagenturen Trennung von Bewertung und Beratung
- wirksamere Bankenregulierung
- europäische und internationale Aufsicht über Ratingagenturen
- Hedge-Fonds sind internationalem Regelwerk zu unterwerfen
- Überarbeitung der Regeln zur Rechnungslegung

SPD

- Regeln für Banken, keine Geschäfte außerhalb der Bilanz
- Regulierung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds
- unabhängige europäische Ratingagenturen
- bessere Zusammenarbeit und mehr Eingriffsrechte für Bundesbank und BaFin
- Begrenzung steuerlicher Absetzbarkeit hoher Managergehälter
- Nachhaltigkeitskomponente (mehrjährige Bezugszeiträume, Auszahlung am Ende) bei Boni und Sondervergütungen für Manager

FDP

nicht mehr, sondern bessere Regulierung für den Finanzmarkt
Konzentration der Aufsicht bei Bundesbank; EU-weite Finanzaufsicht bei EZB
parlamentarische Kontrolle des SoFFin

Bündnis 90/ Die Grünen

Kreditversorgung des Mittelstandes vor allem durch Sparkassen und Volksbanken
Basel II als Kredithürde für den Mittelstand „überschätzt“; Probleme eher bei Großkrediten, etwa für Unternehmensfusionen
mehr Personal und Kompetenzen für Bankenaufsicht in Deutschland
Konzentration der Aufsicht bei der BaFin, Bundesbank soll sich auf währungspolitische Aufgaben konzentrieren
Bankenaufsicht muss verstärkt verbraucherorientiert und präventiv tätig werden
neue Regeln für Ratingagenturen, die Beratungs- und Bewertungsgeschäft voneinander trennen

Die Linke

Vergesellschaftung privater Banken
strikte öffentliche Kontrolle des Finanzsektors
Verbot von Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften, Leerverkäufen und Derivaten

3. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

BVMW-Position

Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit sind jetzt die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Beseitigung von einengenden Vorschriften und Regulierungen auf den Arbeitsmärkten sowie für die Senkung der Lohnzusatzkosten.

Kernforderungen:

Vorrang für betriebliche Bündnisse für Arbeit
keine gesetzlichen Mindestlöhne
Verzicht auf Kündigungsvorschriften bei Unternehmen bis zu 20 Mitarbeitern
Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus den Sozialversicherungen
Ersatz des Gesundheitsfonds durch ein effizienteres System
Förderung einer stärkeren privaten Vorsorge

CDU

Lohnfindung bleibt Aufgabe der Tarifpartner
gesetzliches Verbot „sittenwidriger Löhne“
Mindesteinkommen durch Kombination aus „fairen Löhnen“ und ergänzenden staatlichen Leistungen
Festhalten am gegliederten System der Alterssicherung

Rente oberhalb des Existenzminimums bei lebenslanger
Vollzeitbeschäftigung
bessere steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge
mehr einzelvertragliche und regionale Regelungen mit den Kassen
gegen staatliche Einheitsversicherung

SPD

„gute Arbeit“ und „Vollbeschäftigung“ als allgemeine Ziele
allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn mit Orientierungsmarke 7,50 €
Tarifautonomie und Tariftreue sichern
keine Veränderungen am Kündigungsschutzgesetz
Mitbestimmung sichern; mitbestimmungspflichtige Geschäfte ausweiten
Kampagne zur Bildung von Betriebsräten bei den Betriebsratswahlen
2010 auch in Unternehmen ab 5 Beschäftigte
gleicher Lohn für gleiche Arbeit; verbesserter Insolvenzschutz für
Arbeitnehmer
Bekennnis zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente plus betriebliche
und private Vorsorge
verstärkter Anteil an Steuerfinanzierung bei der gesetzlichen
Krankenversicherung
Beitrag soll wieder voll paritätisch (Unternehmer/Arbeitnehmer)
finanziert werden
Risikoausgleich zwischen gesetzlicher und privater KV

FDP

Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene ohne Zustimmung von
Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden ermöglichen
Betriebsrat in Unternehmen ab 20 Beschäftigten und Wahlquorum von
mindestens 50 Prozent
Kündigungsschutz für Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern und nach
Beschäftigungsdauer von 2 Jahren
keine Mindestlöhne
Auflösung der Bundesagentur für Arbeit
Abschaffung des Gesundheitsfonds'

Bündnis 90/ Die Grünen

für gesetzliche Mindestlöhne
betriebliche Bündnisse für Arbeit nur in der Verantwortung der
Tarifparteien
keine weitere Lockerung des Kündigungsschutzes
keine Anhebung der Schwellenwerte im Betriebsverfassungsgesetz
Mitbestimmung im Unternehmen stärken
„solidarisch finanzierte“ Garantierende
Bürgerversicherung für alle Einkommensarten

Die Linke

- zusätzliches jährliches 100-Milliarden-Programm für Investitionen in Bildung, Umwelt, Energie, Verkehr, Gesundheit und Infrastruktur
- Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro für ökologische und soziale Maßnahmen von Unternehmen
- langfristige Abschaffung von Hartz IV, Steigerung des Regelsatzes auf 500 € binnen 4 Jahren
- gesetzlicher Mindeststundenlohn von 10 €
- Ausweitung des Kündigungsschutzes
- Abschaffung der Zeitarbeit
- gesetzliche Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung
- Rücknahme der Rente mit 67; flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge
- Einbeziehung aller Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Krankenversicherung

4. Bildung und Forschung

BVMW-Position

Das Ausbildungssystem in Deutschland bereitet nur unzureichend auf die Anforderungen der Wirtschaftspraxis vor. Die Förderung wirtschaftsnaher Forschung leidet unter bürokratischen Hemmnissen. Barrieren zwischen Forschung und Wirtschaft müssen abgebaut werden. Notwendig ist eine Innovationspolitik, in der alle Elemente von Bildung, Forschung, Unternehmertum und rechtlichen Rahmenbedingungen ineinander greifen. Kernforderungen:

- Überarbeitung der Lehr- und Ausbildungspläne zur Überwindung der Rückstände in den MINT-Fächern
- Einführung eines Schulfaches „Wirtschaftskunde“ an allen Schulen
- wirtschaftsnahe Fortbildung des Lehrpersonals
- Förderung von Partnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen
- leichterer Zugang für Klein- und Mittelbetriebe zu staatlich finanzierter Forschung
- Förderung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Forschung und mittelständischer Wirtschaft

CDU

- bis 2015 zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung
- langfristig beitragsfreie Kitas
- Erhalt des gegliederten Schulsystems
- Schwerpunktsetzung in MINT-Fächern
- stärkere Autonomie der Hochschulen
- bessere nationale und internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse
- Erhalt des dualen Ausbildungssystems

SPD

sieben Prozent des BIP für Bildung, drei Prozent für F&E
schrittweise gebührenfreie Kitas
mehr Ganztagschulen
bessere Verzahnung von Schule und Betrieb
gebührenfreies Erststudium
Steuergutschrift von 15 Prozent der FuE-Ausgaben für KMU
Bildung von High-Tech-Gründerfonds (Staat als Ko-Investor in
Bereichen wie Energie, Verkehr und sozialen Dienstleistungen)

FDP

bis 2010 über 10 Prozent des BIP für Bildung
bundesweite Bildungsstandards
stärkere Ausrichtung der Förderung von F&E auf Mittelstand
Grund-, Kern- und Spezialmodule in der Ausbildung: Grundmodule
vermitteln Kompetenzen, die in mehreren Berufen gemeinsam
notwendig sind
Fortbildung von beruflich Qualifizierten ohne Abitur an Hochschulen
staatliche Förderung der betrieblichen Weiterbildung
Abschaffung der ZVS
Forschungsprämie für Hochschulen und Institute, die mit Unternehmen
zusammenarbeiten
keine Denkblockaden oder Fixierung auf bestimmte Technologien

Bündnis 90/Die Grünen

teilweise Umwandlung des Solidaritätszuschlags in „Bildungssoli“
gemeinsames Lernen bis zur 9. Klasse
flächendeckend Ganztagschulen
Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern
keine Studiengebühren
leichterer Wechsel für Forscher zwischen öffentlicher und privater
Forschung
zukunftsfähige Rahmenbedingungen für Zuzug ausländischer Forscher
Steuergutschrift in Höhe von 15 Prozent der Ausgaben für F&E in KMU

Die Linke

sieben Prozent des BIP für Bildung
Recht auf Bildung im Grundgesetz verankern, auch Berufsbildung
Kita- und Studiengebühren abschaffen
mehr Ganztagschulen und längeres gemeinsames Lernen
Umlage für Betriebe, die nicht ausbilden
demokratische Kontrolle industriegeführter Grundlagenforschung
Hochschul- und Grundlagenforschung stärken
Netzwerke mit innovativen KMU ausbauen

5. Bürokratieabbau

BVMW-Position

Mittelständische Unternehmen ersticken an der Fülle der Vorschriften in Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. Diese verursachen Kosten, binden Arbeitskraft und hemmen die wirtschaftliche Entwicklung.

Kernforderungen:

- Verfallsdatum für alle Gesetze und Verordnungen, Überprüfung ihrer Notwendigkeit nach drei Jahren
- konsequente und transparente Anwendung der Mittelstandsauswirkungsklausel im Gesetzgebungsverfahren
- stärkere Einflussnahme auf die EU-Kommission zur Verringerung der Bürokratielasten
- Einführung einer freiwilligen Mitgliedschaft in IHK und HWK

CDU

- Abbau aller nationaler Statistik- und Berichtspflichten netto um 25 Prozent bis 2011
- mehr Kompetenzen für Normenkontrollrat
- Überprüfung aller Gesetzesvorhaben von Bundestag und Bundesrat auf Bürokratiekosten
- wettbewerbsneutrale Umsetzung (1:1) von EU-Richtlinien
- keine weiteren Antidiskriminierungsvorgaben der EU
- grundsätzlicher Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen

SPD

- Erleichterungen im Verwaltungsverfahren
- Weitere Reduktion von Informations- und Statistikpflichten
- Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Weg ermöglichen

FDP

- zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat Unternehmen vergüten
- Journalisten dürfen vertraulich zugeleitetes Material veröffentlichen
- kollektive Wahrnehmung von Urheber- und Leistungsschutzrechten durch Verwertungsgesellschaften
- allgemeine und pauschale Medienabgabe; Abschaffung der GEZ
- Ausbau des Normenkontrollrates zum Bürokratie-TÜV
- Schaffung von Modellregionen, in denen Länder auch befristet Bundesregeln deregulieren können

Bündnis 90/Die Grünen

alle gesetzlichen Regelungen sowie Entwürfe im Gesetzgebungsverfahren auf den Prüfstand des Normenkontrollrates
Nettoentlastung von mindestens 25 Prozent der Bürokratielasten bis 2011

Anwendung von Kosten-Nutzen-Rechnungen, Abschaffung der Generalunternehmerhaftung, Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter, Weiterentwicklung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes
Überprüfung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern

Die Linke

keine Aussagen

6. Energie- und Umweltpolitik

BVMW-Position

Gewerbliche und private Nutzer leiden unter dem starken Anstieg der Energiepreise der vergangenen Jahre. Wettbewerb findet auf den Energiemärkten in Deutschland faktisch nicht statt. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiemix muss erhöht werden. Obwohl Klimawandel und Ressourcenverknappung seit Jahren auf der politischen Agenda stehen, halten sich Fortschritte in engen Grenzen. Die ordnungs- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen haben sich für Umweltfirmen und Nachhaltigkeitsdienstleister verschlechtert.

Kernforderungen:

mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft, zum Beispiel durch Trennung von Produktion und Netzbetrieb, niedrigere Durchleitungsgebühren oder erleichterten Marktzutritt
verschärfte Preiskontrollen durch die Aufsichtsbehörden
steuerliche Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz
Anreize statt Regulierung für betrieblichen Umweltschutz
Deregulierung und Entbürokratisierung der Umweltvorschriften und -auflagen

CDU

Festhalten am Energiemix; Atomkraft bleibt „vorerst unverzichtbar“
Förderung des Ausbaus regenerativer Energien
Schaffung eines „Aktionsbündnis Energieeffizienz“ zusammen mit der Wirtschaft
zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen
Begrenzung des Schadstoffausstoßes in die Umwelt; Entwicklung schadstoffärmerer Motoren, Ausbau des Nahverkehrs

SPD

Grundsatz der Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch und sozial) ist durchgängig Programminhalt

Umwelt-, Energie- und Klimapolitik als Motor für Innovation und neue Jobs

Ausbau Erneuerbarer Energien

Schaffung eines Klimaschutz-Innovationsfonds

Festhalten am Atomausstieg

allgemein für fairen Wettbewerb und angemessene Preise bei liberalisierten Netzindustrien

Gründung einer Deutschen Netz AG, eventuell mit staatlicher Beteiligung

FDP

Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie von 19 auf 7 Prozent

Wettbewerb auf den Energiemärkten, strikte Kontrolle der Netzbetreiber

Ausweitung des Emissionshandels auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor

Zusatzbelastungen durch Steuersenkungen ausgleichen

transparente Strom- und Gasrechnungen

Absenkung der Vergütungen für Strom aus Erneuerbaren Energien gemäß technischem Fortschritt; schnelle Wettbewerbsfähigkeit zu konventionellem Strom

Bündnis 90/Die Grünen

Umstieg so rasch wie möglich auf Erneuerbare Energien

keine neuen Kraftwerke

mehr Wettbewerb im Energiesektor durch Stärkung der staatlichen Aufsicht sowie Überführung der Stromübertragungsnetze in eine mehrheitlich in öffentlichem Besitz befindliche Netzgesellschaft

Die Linke

Ausbau Erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Koppelung

Ausstieg aus der Atomenergie und keine neuen Kohlekraftwerke

Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze und Re-

Kommunalisierung zentraler Teile der Energieversorgung

ökologischer Umbau der Wirtschaft

Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuererleichterungen

7. Europa und Außenwirtschaft

BVMW-Position

Für viele Klein- und Mittelbetriebe ist der erste Schritt auf internationale Märkte schwierig. Ein Grund sind bürokratische Hemmnisse im Außenhandel. Auch innerhalb der Europäischen Union werden Unternehmen über Gebühr reguliert. Eine Chancengleichheit zwischen Konzernen und mittelständischen Unternehmen ist auf dem europäischen Binnenmarkt nicht gegeben.

Kernforderungen:

- weiterer Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen
- Mittelstandsauswirkungsklausel auch in der europäischen Gesetzgebung
- Ausbau der staatlichen Türöffnerfunktion beim Zugang zu Auslandsmärkten auch für mittelständische Unternehmen

CDU

- keine EU-Steuern
- Möglichkeit zur Rückverlagerung von EU-Kompetenzen auf Nationalstaaten
- für bessere Zusammenarbeit von EU und NATO
- kein Protektionismus, Abbau von Handelsbarrieren gegen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf internationalen Märkten
- Abschluss der Doha-Runde

SPD

- für fairen und freien Welthandel (keine konkreten Vorschläge)
- Ablehnung von Protektionismus
- für eine neue europäische Offensive zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU
- erleichterter Zugang zu Krediten und Abbau von bürokratischen Lasten im europäischen Binnenmarkt

FDP

- Zustimmung zum Vertrag von Lissabon
- Mitsprache des Bundestages in EU-Fragen
- Einführung eines EU-weiten Volksentscheids
- keine EU-Steuer
- keine Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlagerung)
- Doha-Runde schnell abschließen

Bündnis 90/Die Grünen

- KMU sollen stärker vom EU-Binnenmarkt profitieren durch Vereinfachung, Vereinheitlichung und Entbürokratisierung der Regeln
- kurzfristiger Abschluss der Doha-Runde zur Senkung der Zölle und zum Abbau bestehender Markteintrittsbarrieren
- für die Strategie der ökologischen Modernisierung sind Mittelstand und Handwerk von entscheidender Bedeutung

Die Linke

Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung zur Kontrolle der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik
Kontrolle der EZB durch Rat und EU-Parlament; EZB auf Preisstabilität, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung verpflichten
Europäische Verfassung anstelle des Lissabon-Vertrages
NATO durch kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen
Verbot von Rüstungsexporten

8. Gründungsklima

BVMW-Position

Deutschland hat zu wenig Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Gründungsrate sinkt, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wächst. Das Unternehmergebild in der Öffentlichkeit hat aufgrund des Fehlverhaltens einzelner Manager von Großunternehmen Schaden genommen. Deutschland braucht eine neue Gründerwelle im selbstständigen Mittelstand.

Kernforderungen:

Aufklärung schon in der Schule über unternehmerische Werte.
Vereinfachung von Genehmigungsverfahren; Einrichten einer einzigen Anlaufstelle (one-stop-agency) bundesweit auf kommunaler Ebene
Ausbau der Eigenkapitalhilfe für Existenzgründer

CDU

bessere (steuerliche) Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkapi­tal
Erfahrungen ehemaliger Führungskräfte stärker nutzen
Stärkung des Meisterbriefs im Handwerk

SPD

gezielte Beratungsangebote für Existenzgründer
erleichterter Zugang zu Wagniskapital
Ausbau der High-Tech-Gründerfonds
allgemein für eine „Neue Gründungskultur“

FDP

mehr Freiheit und Fairness; Steuersenkungen verbessern
Gründungsklima
Erleichterungen für Wagniskapitalgeber
Förderungen für Unternehmensgründer einheitlicher und übersichtlicher gestalten

Bündnis 90/Die Grünen

unternehmerisches Engagement und Verantwortung für Arbeitsplätze müssen mehr Anerkennung und Unterstützung in der Gesellschaft finden

Thema „Selbstständigkeit“ muss in Aus- und Weiterbildung verankert werden

weitere Verkürzung der Genehmigungsverfahren

Beratungsangebote müssen verbessert werden

ein Ansprechpartner für alle bürokratischen Vorgänge der Existenzgründung

Einführung einer Personengesellschaft mit beschränkter Haftung (PmbH)

Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit

verstärkte Ausreichung von Mikrokrediten für Kleinunternehmen und erleichterter Zugang zu Wagniskapital

Weiterentwicklung des Patentrechts zur Förderung von Existenzgründungen (Reform des europäischen Patentwesens)

Die Linke

Keine Aussagen

Gesamt-Fazit CDU

Beim Vergleich der Wahlprüfsteine des BVMW mit dem Wahlprogramm der Union tritt deutlich dessen Hauptschwäche zutage: vage formulierte Aussagen und Ziele. Offenkundig wollen CDU und CSU es sich mit keiner Wählergruppe verderben.

Besonders deutlich wird dies in der Steuerpolitik. Zwar besteht Übereinstimmung mit dem BVMW in der Absicht, die steuerliche Belastung des Mittelstands zu reduzieren und das Steuersystem insgesamt zu vereinfachen. Wie das geschehen soll, wird nicht ausgeführt. Das gilt ebenso für die Mehrwertsteuer. Statt konkreter Schritte bleibt es bei der Absichtserklärung, die Mehrwertsteuer zu überprüfen. BVMW und Union teilen die Einschätzung, dass die Finanzmärkte künftig einer strengeren Kontrolle unterliegen müssen.

Auf den Politikfeldern Arbeit und Soziales lässt sich bei der Union lediglich ein Grundkonsens mit dem BVMW hinsichtlich der Ablehnung weiterer Regulierungen konstatieren. Es fehlen klare Aussagen zu „sittenwidrigen Löhnen“ im Kontext der Mindestlohndebatte und zum Kündigungsschutz.

Positiv in der Bildungspolitik ist die Betonung der MINT-Fächer zu vermerken. Auch beim Bürokratieabbau und in der Energiepolitik besteht punktuelle Einigkeit. Auffällig ist, dass Bündnis 90/Die Grünen beim Komplex Gründungsklima den BVMW-Positionen näher stehen als die Union.

Gesamt-Fazit SPD

Bei der Gegenüberstellung der BVMW-Wahlprüfsteine und des SPD-Regierungsprogramms ergeben sich Konsense und Dissense. Übereinstimmung besteht in der Bewertung des Mittelstandes als Rückgrat der deutschen Wirtschaft und bei vorgeschlagenen Förderprogrammen für Forschung mittelständischer Unternehmen und für Existenzgründer.

Auch in der Umwelt- und Energiepolitik ergeben sich – auch aufgrund der dezidierten Nachhaltigkeitsposition des BVMW – weite Felder der Übereinstimmung. Kritisch ist zu dieser Frage anzumerken, dass das Programm keine Aussagen zur Begrenzung der Energiepreise trifft. Konsensual ist auch die Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation.

Die größten Dissense gibt es in der Arbeitsmarktpolitik. Die SPD hält an ihren Grundpositionen in Sachen Kündigungsschutz und Rolle der Betriebsräte fest. In der Steuerpolitik wird die vorgeschlagene Einführung von zwei neuen Steuerarten (Reichensteuer als Bildungssoli, Börsenumsatzsteuer) ebenso kontrovers bleiben wie der Lohnsteuerbonus. Die vorgeschlagenen Entlastungen mittlerer Einkommen müssen konkretisiert und in ihren Auswirkungen transparent gemacht werden. Ansätze für ein vereinfachtes Steuersystem, wie vom BVMW vorgeschlagen, gibt es nicht.

Gesamt-Fazit FDP

Im Vergleich mit den Programmen der anderen Parteien zeigt das Wahlprogramm der FDP die stärkste Übereinstimmung mit den Wahlprüfsteinen des BVMW. Das Programm ist davon geleitet, die Freiheit der wirtschaftlichen Entfaltung eines jeden Einzelnen als Grundlage für den Wohlstand in Deutschland anzuerkennen. Staatliche Ordnungspolitik muss notwendige Rahmenbedingungen setzen, ist aber kein Selbstzweck.

Die Bedeutung des Umweltschutzes wird durch die Ausweitung des Emissionshandels anerkannt. Eine Verbesserung des Gründungsklimas wird aus Sicht der FDP vor allem durch die vorgeschlagenen steuer- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erreicht. Die Senkung der Steuerlast und die Konsolidierung der Staatsfinanzen als gleichwertige politische Ziele zu interpretieren, führt zu einer Angriffsfläche des Programms. Eine gleichzeitige Realisierung der beiden Ziele verspricht aber auch die FDP nicht.

Gesamt-Fazit Bündnis 90/Die Grünen

Im Vergleich der BVMW-Wahlprüfsteine mit dem Programm von Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich punktuelle Übereinstimmungen, aber auch grundsätzliche Unterschiede. Die punktuellen Übereinstimmungen konzentrieren sich auf Forderungen zur Entwicklung von Existenzgründungen, in den Bereichen Umwelt- und Energiepolitik sowie Bildung und Forschung.

Auch bei den vorgeschlagenen Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie gibt es Übereinstimmungen. Erwähnenswert ist hier, dass Bündnis 90/Die Grünen als einzige Partei eine „Überprüfung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern“ in das Programm aufgenommen hat.

Ebenso wie bei der SPD, gibt es die größten Abweichungen in den Bereichen Steuern sowie der Arbeits- und Sozialpolitik. Auch Bündnis 90/Die Grünen spricht sich gegen weitere Deregulierungen des Arbeitsmarktes aus und will am gegenwärtigen Status des Kündigungsschutzes und der Rolle der Betriebsräte keine Veränderungen durchsetzen. Bündnis 90/Die Grünen fordert ebenfalls den gesetzlichen Mindestlohn.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich der Steuerpolitik gibt es keine Übereinstimmungen mit den Forderungen des BVMW. Das betrifft vor allem den Vorschlag, den „Mittelstandsbauch“ in der Besteuerung erst nach vollzogener Haushaltssanierung abzuschaffen, aber auch die Fortsetzung des Solidaritätszuschlags als „Bildungs-Soli“ sowie die Einführung einer Finanzumsatzsteuer.

Gesamt-Fazit Die Linke

Das Wahlprogramm der Linken macht deutlich: Die Partei will eine andere Wirtschaftsordnung. Der Staat, nicht der Markt, wäre bei Verwirklichung der Programmziele Hauptakteur des ökonomischen Geschehens.

Die Linke wendet sich zwar vorwiegend gegen das „Finanzkapital“ und die Großkonzerne. An einigen Stellen äußert sich das Programm positiv zu kleinen und mittleren Unternehmen. Vor allem die steuerpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Forderungen würden aber in ihrer Wirkung zu starken Belastungen auch der mittelständischen Wirtschaft führen. International würde sich Deutschland bei Verwirklichung der entsprechenden Programmteile isolieren – zum Schaden auch der exportstarken mittelständischen Unternehmen.